

EA 94-056

3x

Ausgabe:

312

Datum:

15. März 1982
E/Ka

Grote

INFORMATIONEN

DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
BUNDESTAGSFRAKTION

Betr.: Ausländerpolitik

Das "Volksblatt Berlin" veröffentlicht in seiner morgigen Ausgabe nachstehenden Beitrag des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert W e h n e r :

In Berlin wurden immer schon sozial brisante Entwicklungen frühzeitig erkennbar. Heute ist Berlin die Stadt in Deutschland mit den meisten Ausländern und eine der größten "türkischen" Städte außerhalb der Türkei. Die ausländischen Arbeitnehmer, ihre Familien, die vielen ausländischen Schulkinder - und dies kommt hinzu - konzentrieren sich in Berlin hauptsächlich auf drei Stadtteile. Es entstehen Ausländerbezirke, manche sprechen schon von "Türkenvierteln". Diese Entwicklung muß Anlaß zur Sorge geben.

Ausländische Mitbürger sind - das dürfen wir weder vergessen noch verdrängen - nicht allein aus eigenem Antrieb in unser Land gekommen. Seit 1955 kamen sie in erster Linie auf unsere Veranlassung; sie wurden angeworben, weil sie bei uns dringend als Arbeitskräfte benötigt wurden. Sie haben beim Wiederaufbau, beim Ausbau unserer Wirtschaft geholfen und dazu beigetragen, daß unser Lebensstandard erhöht und gesichert wurde. Die ausländischen Arbeitnehmer verdienen aus diesen Gründen unsere Solidarität, und zwar gerade auch dann, wenn nun sehr viele von ihnen ohne Arbeit sind.

Unsere Ausländerpolitik begann ohne konkrete Zielvorstellungen, ohne soziale Steuerung. Aber: Die Fehler, die gemacht worden sind, dürfen nicht auf dem Rücken der Ausländer ausgetragen werden. Wir tragen Verantwortung gegenüber dem Schicksal dieser Menschen - denn es sind unsere Mitmenschen -, wenn auch der Anteil derjenigen bei uns zunimmt, die unredlich sind und meinen, wir hätten die Ausländer nur als Arbeitskräfte gerufen und wenn die Arbeit knapp werde, müßten sie eben raus.

Die Debatte zur Ausländerpolitik im Deutschen Bundestag hat Anfang Februar deutlich gemacht, daß der Bergbau, die Automobilindustrie - und für Berlin dürfte das auch auf die Bekleidungs-, die Elektroindustrie und für das Gaststättengewerbe zutreffen -, aber auch andere Branchen in Deutschland trotz unserer hohen Arbeitslosenquote nach wie vor auf die Arbeitsleistung von ausländischen Arbeitnehmern angewiesen sind. Sie helfen mit, unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir können nicht - wie es oft leichtfertig unterstellt wird - von heute auf morgen auf alle Ausländer verzichten, und gar diejenigen, die schon seit vielen Jahren unter uns leben und arbeiten, so einfach in Massen "abschieben".

-2-

Der pauschale und gehässige Vorwurf, die Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg, widerspricht so allen Tatsachen. Aber der hohe Anteil der Ausländer in einigen Gebieten führt doch in letzter Zeit dazu, daß immer wieder Animositäten entstehen. Wir dürfen jedoch nicht zulassen, daß einige wenige, ob Gruppen oder Grüppchen, die Ausländer zum allgemeinen gesellschaftlichen Sündenbock machen und so Fremdenfeindlichkeit schüren, Ausländerhetze verbreiten, um einen Nährboden für rechtsextremistisches Gedankengut zu gewinnen. Wir müssen verhindern, daß in unserem Lande Emotionen aufgewiegelt werden mit verbalen Schlagstöcken aus den Arsenalen des Unmenschen. Wir Deutschen sollten endlich wissen, daß diese Ratgeber - ob sie nun nationalistisch, rassistisch-biologistisch oder sonst wie ideologisch motiviert sind - noch nie geholfen haben, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir wissen, wie leicht Fremdenfeindlichkeit in Fremdenhaß umschlagen kann.

Eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik hat jetzt erst gerade auch das Präsidium der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas besorgt festgestellt. In Kiel hat eine rechtsextremistische Wählerliste mit unverhohlenem Fremdenhaß aus dem Stand Stimmen gewonnen und in Berlin hat die Ausländerbeauftragte des Senats in Veranstaltungen, in denen sie um eine vernünftige Linie gegenüber den Ausländern kämpfte, einen schweren Stand.

Wir brauchen deshalb auch - das hat uns unsere Geschichte als Erfahrung auferlegt - eine verantwortungsbewußte, verantwortungsbereite und eine verantwortungsfähige Politik gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern, die an unsere humanistisch-christlich-abendländische Tradition anknüpft. Sie muß auf ein partnerschaftliches Zusammenleben und gutnachbarliches Miteinander ausgerichtet sein. Wir benötigen in der Ausländerpolitik einen breiten gesellschaftlichen Grundkonsens, der unser soziales Verhalten bestimmen muß, ausgehend von einer Position, die Augenmaß und Toleranz umfaßt. Die moralische Substanz unserer Gesellschaft muß doch daran gemessen werden, inwieweit wir die Menschenwürde aller, also auch gerade der sozial Schwachen, der Außenseiter und der Minderheiten achten. Unsere eigene Vergangenheit ist doch Mahnung und Verpflichtung.

Dabei wollen wir die vorhandenen Konflikte nicht leugnen oder verschweigen. Zumal wir den ausländischen Mitbürgern und insbesondere den Türken eine Anpassung nur erleichtern können, ein Mindestmaß an Eingliederungsbereitschaft müssen sie auch aus sich selbst heraus entwickeln. Sie dürfen nicht mitten unter uns in dem Bild einer "Ersatztürkei" verharren, sonst folgt doch die Isolierung und auch eine von ihnen mitverantwortete Ghettobildung, mit all ihren sozialen Folgen für Ausländer und Deutsche. Beide Seiten müssen ihre Verhaltensweisen überdenken, offener, aufgeschlossener werden.

Für Berlin ist jedenfalls die Grenze der Integrationsfähigkeit erreicht. Die Problempunkte, die die ernstzunehmende Situation hervorge-rufen haben, sind:

- das außerordentlich starke Anwachsen der Ausländerzahlen durch den Familiennachzug bei sinkender ausländischer Erwerbsbevölkerung,
- die Überlastung bestimmter Stadtteile, so daß die soziale Infrastruktur ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen kann und gesellschaftliche Fehlentwicklungen möglich werden,
- die Lebensweise gerade der türkischen Mitbewohner und die sogenannte Re-Islamisierung.

Folgende Überlegungen sollten uns künftig leiten:

- Der Anwerbestopp bleibt bestehen. Der weitere Zustrom von Ausländern in die Bundesrepublik und nach Berlin muß konsequent in engem Zusammenwirken mit deren Heimatländern begrenzt werden.
- Die rechtliche und soziale Einbeziehung der seit vielen Jahren bei uns lebenden und arbeitenden Ausländer und ihr Aufenthaltsrecht ist sicherzustellen im Sinne der Gleichberechtigung.
- Die Rückkehrbereitschaft der ausländischen Mitbürger ist auf der Grundlage des Prinzips der Freiwilligkeit zu ermuntern und gegebenenfalls durch materielle Anreize zu erhöhen. Auch dies muß in enger Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern geschehen.

Die Ausländerfrage kann gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sozialen Sprengstoff in sich bergen, soziale und politische Spannungen können entstehen. Deshalb müssen wir handeln im Interesse unserer ausländischen Freunde, aber auch in unserem eigenen wohlverstandenen Interesse.

In unserem politischen Handeln sollten wir uns an die Worte des türkischen Schriftstellers Haldun Taner erinnern lassen, der in der ZEIT vom 26.2.1982 in einer als satirisch angekündigten Erzählung über Deutsche und Türken schrieb:

"Warum, meinst Du wohl, regen sie sich über die Fehler der Ausländer so auf und beuteln sie am Arbeitsplatz, in der U-Bahn oder auf der Straße? Wenn ein Mensch mürrisch ist, so wisse, daß ihn irgendwo der Schuh drückt. Ist es jemals vorgekommen, daß einer, der mit sich in Frieden lebt, seinen Mitmenschen angeht?"

Es muß uns um die Menschen, unsere Mitmenschen gehen, um die auch damit verbundene. Sicherung unseres inneren gesellschaftlichen Friedens - um die Sicherung unserer Demokratie. Die Frage nach der Reife unserer politischen Kultur ist nicht zuletzt auch in der Ausländerpolitik gestellt.
